

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: 2 (1983)

Heft: 4: "Die Anti AKW Bewegung"

Artikel: Entglittene Zukunft in die Hände nehmen, bevor wir sie als Drama in den Geschichtsbüchern unserer Kinder lesen

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586574>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Entglittene Zukunft in die Hände nehmen, bevor wir sie als Drama in den Geschichtsbüchern unserer Kinder lesen



Wer sind die Atomenergie-Gegner? Diese Frage war Thema eines Vortrages, welcher im September anlässlich eines Seminars des Initiativ-Komitees der Atom- und Energie-Initiative gehalten wurde. Der folgende Beitrag basiert auf diesem Referat, inhaltlich jedoch wurde er stark erweitert. Die Erweiterung betrifft in erster Linie die Bestimmung der Tiefenstruktur des AKW-Konfliktes in der Form eines ihm zugrunde liegenden Systemkonfliktes. Das heisst: Der Konflikt um die Atomenergie darf nicht auf einen bloss energiepolitischen Konflikt reduziert werden.

Der vorliegende Artikel ist dreigeteilt: Am Anfang steht die Frage nach der soziologischen Zusammensetzung der Atomgegnerschaft, die Folgerung aus dieser soziologischen Analyse wird in drei Thesen dargelegt und im Hauptteil wird versucht, den tiefenstrukturellen Kern dieses Konfliktes herauszuschälen. Der Autor dieses Artikels, Jarón Bendkower, ist Psychoanalytiker mit Praxis in Zürich. Er ist gleichzeitig Sozialwissenschaftler und hat als Assistent am Soziologischen Institut der Universität Zürich am Projekt «Wahrnehmung von AKW's» mitgearbeitet.

Die Frage, die im Zentrum dieses Abschnittes steht, ist, ob aufgrund rein soziologischer Dimensionen (Region, Beruf, Alter, Geschlecht usw.) sich vorherzusagen lasse, wer heute in der Schweiz eher gegen die Atomenergie (AE) ist, oder anders formuliert: wo – soziologisch betrachtet – das Aktivierungspotential der AE-Gegner liegt.

Ich werde im folgenden nur die grossen Trendlinien nachzeichnen. Einmal damit wir uns nicht in der Zahlenfülle verlieren; zum anderen aber auch, weil die der Untersuchung zugrunde liegende Bestimmung dessen, was die AE-Gegnerschaft ausmacht, nicht eindeutig bestimmbar ist. Ferner ist auch darauf hinzuweisen, dass schon deshalb nicht mehr als Trends angebbar sind, weil die mit klassisch-empirischen Methoden gewonnenen Daten nur schwer, und wenn, dann nur mehrdeutig, auf das Feld der konkreten politischen Auseinandersetzungen übertragbar sind. Nach diesen einschränkenden Bemerkungen zu den Trends ¹:

1. Die Sprachregionen

Die italienisch sprechende Schweiz weist den höchsten Anteil an AE-Gegner auf (~ 58%), gefolgt von der welschen Schweiz (~ 54%) und der Deutschschweiz (~ 47%). Der Anteil «gemässiger» Gegner und Befürworter ist in allen drei Regionen in etwa gleich. Der Anteil der «entschiedenen Gegner» ist in der italienischen Schweiz am grössten. Wir können hier festhalten:

Der AE-Konflikt in der Schweiz hat eine regionale Dimension als Auseinandersetzung zwischen den Sprachregionen.

2. Alter und Geschlecht

Die AE-Gegnerschaft der Frauen ist in der Schweiz (auch im Ausland) durchgehend grösser als die der Männer. Die Geschlechtsunterschiede sind ausgeprägter als die sprachregionalen Unterschiede.

Die Unterschiede zwischen den Altersklassen sind nochmals grösser, als die Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Je höher der Anteil von Gegnern oder Befürwortern in der jeweiligen Population (z.B. Deutschschweiz) ist, um so höher der Anteil «Entschiedener».

Junge Frauen stellen das grösste Potential an AE-Gegnern dar (v.a. im Tessin), während ältere deutschschweizer Männer am häufigsten zu den Befürwortern gehören.

3. Gemeindetypen

Der Anteil der Ablehnenden ist bei Frauen in ländlichen Gemeinden am grössten und in den Grossstädten bei Männern und Frauen tendenziell am kleinsten (wobei Basel die grosse Ausnahme darstellt).

Aus den bisherigen – wenn auch nur auszugswise dokumentieren – Angaben lässt sich folgendes schliessen:

Die sozialen Fronten des Konfliktes werden durch die Anteile der «engagierten» Befürworter und Gegner bestimmt; der Anteil «Gemässiger» ist über alle Differenzierungen relativ konstant.

Die Zugehörigkeit zu den Alters-, Geschlechts- und Sprachregionstypen ist offenbar für die Ablehnung der Atomenergie von grosser Bedeutung.

Trotzdem beruft sich in der politischen Auseinandersetzung niemand auf diese Kategorien, wenn es darum geht, die Haltung für oder gegen die Atomenergie zu begründen. Wir haben es hier offenbar mit einem Konflikt zu tun, bei dem die Rekrutierung für die eine oder andere Seite nicht zwangsläufig aus dem definierten Inhalt des Konflikts ableitbar ist (was «gewinnen» ältere deutschschweizer Männer aus der Atomenergie mehr als Tessiner Frauen?).

Die sozialen Fronten des Konfliktes werden – so die Vermutung – erst im Verlauf der Auseinandersetzung aufgebaut, wobei die gemeinsame Klammer zwischen Gegnern und Befürwortern sich offenbar aufgrund anderer Kriterien bildet. Die Frage ist nur welche?

● Es besteht nun aufgrund der bisherigen Ergebnisse Grund zu der Annahme, dass die Klammer in der Randständigkeit (Marginalität) resp. Zentralität der Position der Befragten zu suchen ist.

● Die Welschen und Tessiner sind – angesichts der wirtschaftlichen Vormacht der Deutschschweiz – marginaler als diese.

● Die Bedeutung der nichturbanen Regionen hat in den letzten 20 Jahren stark abgenommen, wobei die Frauen von dieser Entwicklung stärker betroffen wurden als die Männer.

● Frauen sind ohnehin marginaler als die Männer.

● Die Jungen marginaler als die Älteren.

Wir vermuten also hier: Je stärker die Marginalitätsmerkmale sich in einer bestimmten Gruppe häufen, um so höher liegt der Anteil der ablehnenden Einstellungen zum Ausbau der AE.

Wenden wir uns nach dieser provisorischen Zwischenbilanz den weiteren Ergebnissen der Umfrage zu, behalten aber die Marginalitätshypothese im Auge:



4. Berufstätigkeit

- Vollberufstätige Frauen sind viel generischer als die vollberufstätigen Männer.
- Teilzeitarbeitende Männer sind generischer als die teilzeitarbeitenden Frauen.
- Männliche Renter sind generischer als die entsprechenden Frauen.

5. Stellung im Beruf

- Den grössten Anteil der Gegner weisen die Bauern, gefolgt von den Arbeitern und den Freiberuflern, auf.
- Bei Frauen ist die berufliche Stellung hinsichtlich der Gegnerschaft nicht von Belang.

6. Bildung

- Der Anteil Gegner ist in der männlichen, ländlichen Bevölkerung mit tiefem Bildungsstatus sehr gering.



- Personen mit hohem Bildungsniveau sind, v. a. wenn sie jung sind, in überdurchschnittlichem Mass gegen die AE eingestellt.
- Personen, die eine höhere technische Lehranstalt (HTL) absolviert haben, weisen den geringsten Anteil an AE-Gegner auf.

7. Branchen

Die Betroffenheit in dieser Hinsicht steht kaum im Zentrum der Auseinandersetzung um die Atomenergie: Die befürwortende Haltung z. B. der Arbeiter und Angestellten im Bereich der Elektrizitätswirtschaft fällt statistisch kaum ins Gewicht.

8. Motorfahrzeugbesitz

In allen Altersschichten ist die Nichtverfügung über ein Motorfahrzeug ein wichtiger «Indikator» für eine ablehnende Haltung gegenüber der Atomenergie. Keine andere Dimension lässt die Haltung gegenüber der AE so gut prognostizieren wie der Autobesitz.

9. Die geografische Nähe zu bestehenden oder geplanten AKW

Die geografische Nähe zu bestehenden AKW ist nicht einstellungswirksam. Hingegen wirkt sich die Nähe zu einem geplanten AKW als starker Mobilisator gegen die AE aus.

Die Atomtechnologie war eine verhängnisvolle Fehlentwicklung. Sie führte uns in Sachzwänge, Abhängigkeiten und ungelöste Probleme. Unsere Zukunft liegt im sparsamen Umgang mit den Energien und in der Nutzung der gratis vorhandenen, erneuerbaren Kräfte von Wasser, Sonne, Holz, Wind, Biogas usw. Ein Umdenken weg vom ökologisch rücksichtslosen Wachstumswahn hin zum vernunftvollen Mass ist dringend nötig.

Bruno Meier, Firmeninhaber, 56 Jahre alt, Herznach AG

der AE in etwa auf die Sozialstruktur verteilen, wo also das Mobilisierungspotential für die Anti-AKW-Bewegung in etwa liegt. Auch wissen wir, dass nur ein kleiner Teil der AE-Gegner zu den Aktivisten dieser Bewegung gehört. Erschöpft sich unsere Forschung deshalb in Platitüden?

Zieht man z. B. deutsche Studien herbei³, so zeichnet sich ein ähnliches Bild ab, was die Zusammensetzung der AE-Gegner betrifft. Als Gegner-Typen werden da genannt:

- Die vorindustriell-bäuerliche Bevölkerung, die mit der Durchkapitalisierung ihrer Region konfrontiert wird und sich gegen die Veränderung ihrer Lebenswelt und die Industrialisierung ihrer Region zur Wehr setzt;

Wertanalyse

Wir halten fest, dass die Marginalitätshypothese durch die weiteren Ergebnisse zum Teil stark gestützt, sicher aber nicht entkräftet wird und wenden uns den Ergebnissen einer Teilstudie des Projekts² zu, in der die «Bilder» erhoben wurden, die sich die Befragten von der Schweizer Gesellschaft und ihren Institutionen machen sowie die Werte, deren Erreichen den Schweizern und Schweizerinnen als besonders wichtig erscheint.

Fangen wir mit der Werte-Analyse an:

Analysiert man die unterschiedlichen Wertpriorisierungen der Gegner und der Befürworter der AE, so stellt man fest, dass die Gegner bezüglich der Werte auf internationaler Ebene ökologisch (Schutz der natürlichen Umwelt) und entwicklungspessimistisch sind (sie wollen eine gerechtere Verteilung der Güter dieser Welt). Die Befürworter der AE hingegen sind glaubensorientiert (Wiederherstellung des Glaubens an das Leben) und entwicklungsoptimistisch (Entwicklung der Dritten Welt). Vermutlich ohne Überraschung zu sein, wissen wir jetzt genauer, wie sich die Gegner

- die bürgerlichen Mittelschichten, die materiell befriedigt sind und sich nunmehr immateriellen, sogenannten postmaterialistischen Werten zuwenden. Für sie sind weitere Veränderungen mit Einbussen an Lebensqualität verbunden. Auch realisieren sie, dass die staatliche (Infra-)Strukturpolitik (in der Gemeindeplanung, der Verkehrspolitik usw.) sie zu Betroffenen macht, da das politische System ihre Interessen nicht mehr vertritt. Hier übernehmen Bürgerinitiativen die Funktion der politischen Parteien;
- die städtischen (Links-)Intellektuellen, die den Kampf gegen die AE mit einer übergreifenden Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verbinden;
- die Aussteiger und Alternativler, die in Nischen jenseits der Einflussbereiche der Apparate ihre Lebenswelt aufbauen wollen und für die die AE Symbol des harten Kerns dieser (Apparate-)Gesellschaft ist;
- die Wertkonservativen, die durch die technische Zivilisation, deren Symbol die AKW sind, ihre «heile», intakte Welt mit ihren tradierten Werten bedroht sehen;

- die «progressiven» Religiösen, die die Gesellschaft mit der Sinnfrage konfrontieren, die sie der zweckrationalen «sinneutralen» Logik der Apparate gegenüberstellen.

Die AE-Gegnerschaft ist also äusserst heterogen zusammengesetzt. Was sie verbindet, ist ihre, aus sehr unterschiedlichen Quellen gespeiste AKW-Gegnerschaft. Sonst nichts? Oder kann es sein, dass sie etwas verbindet, ohne dass es heute schon klar wäre, was es ist? Oder dass es erst diffus klar wäre und man darüber nicht sprechen dürfte?

Soeben komme ich von der Demonstration (lies Trauerfeier) vor dem Rathaus in Basel als Antwort auf den «Kaiseraugst-Entscheid» der nationalrätlichen Kommission. Wieder hat eine «demokratischgewählte» Institution die Zeichen der Welt nicht erkannt: nämlich, dass in der Schweiz und in Europa eine Stromschwemme ist und auf längere Sicht sein wird,

dass Atomstrom mit seinen Entsorgungsproblemen für uns, unsere Kinder und viele weitere Generationen unakzeptabel ist, dass Atomstrom als Zuhälter für die nukleare Rüstungsindustrie von der Schweiz, die NEIN zur nuklearen Bewaffnung gesagt hat, nicht weiter ausgebaut werden kann.

Sondern, dass durch Einsatz von Alternativenenergien und mehr Wärmedämmung ohne Komforteinbusse die Stromversorgung gesichert werden kann und zudem viele tausend sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden.

J. Hoffmann, Basel

Eine andere Optik

Betrachten wir die Ergebnisse einer Vorstudie des oben erwähnten Projekts⁴. Dort werden die Werte, deren Erreichen den Befragten als besonders wichtig erscheint, ebenso erhoben, wie die «Bilder», die sich die Befragten von der Schweiz und ihren Institutionen machen. Dabei stellt sich heraus, dass die Gegner und Befürworter tendenziell andere «Optiken» haben, wenn sie die Schweiz betrachten:

Die Gegner sehen tendenziell die Schweiz als eine in ihrem Inneren durch Machtverhältnisse geteilte Gesellschaft, der sie als Bürger gegenüberstehen und auf die sie auch Einfluss nehmen wollen. Die Rechte der Bürger werden in dieser Perspektive als ebenso bedroht beurteilt, wie die natürliche Umwelt.

Die Befürworter hingegen haben eine Optik, bei der die inneren und äusseren Machtteilungen ausgefiltert werden. Sie setzen auf die Stärkung und Weiterentwicklung des Bestehenden, als dessen Teil sie sich wahrnehmen. Die Grenze, die sie setzen, verläuft nicht zwischen den Bürgern und den «Apparaten», sondern zwischen der Schweiz als national geschlossenem Raum und dem Rest der Welt. Auch haben die Befürworter ein Bild von unserer Gesellschaft, in der diese auf grossen tragenden Säulen ruht. Und diese Säulen sind die grossen, modernen Institutionen, die «Apparate»: Technik, Verwaltung, Wirtschaft und Armee. Diese müssen – da ja die ganze Gesellschaft auf ihnen ruht – verteidigt werden. Dies ist nötig, weil sie ständig von aussen und z. T. auch von innen bedroht werden. Ganz anders die Gegner: Diese sehen sich gerade durch die grossen Institutionen (deren Gefüge oft als das «System» bezeichnet wird) bedroht. Sie betrachten es als Gefährdung, dass diese Institutionen ihren Einfluss- und Machtbereich beständig und auf Kosten der individuellen Handlungsspielräume ausdehnen. Angesichts dieser Expansion



des Systems sind die Gegner eher gleichgültig gegenüber der Bedrohung von aussen.

Diese unterschiedlichen Optiken auf die Schweiz spiegeln sich nun auch in den Bildern wider, die sich die Gegner und Befürworter von der Entwicklung der AE machen. Für die Gegner ist die Entwicklung der AE verbunden mit einer Einengung der individuellen Handlungsspielräume, wie es in der «Atomstaat»-Metapher zum Ausdruck kommt. Und dass es ihnen um die expansionistischen Tendenzen der Apparate geht, zeigt sich auch darin, dass mit dem AKW-Bau die Vorstellung von einer Verstärkung der Macht und des Einflusses der Grossunternehmen verknüpft wird. Folgerichtig haben die Gegner auch einen grösseren Kontrollbedarf bezüglich der AKW, die sie als noch zu unsicher erleben.

Die Wahrnehmung der AE durch die Befürworter entspricht ebenfalls weitgehend der oben dargestellten gesellschaftsbezogenen Optik: die AKW werden als Teil und Stützen des Systems der grossen Apparate wahrgenommen; sie tragen dazu bei, das Output des Systems,

d. h. den Wohlstand, zu erhöhen und den Apparat durch technischen Fortschritt zu vervollkommen. Gleichzeitig erwarten sie durch die AKW und deren Technologie eine Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der Schweiz im internationalen System, womit der materielle Wohlstand zu- und die äussere Bedrohung abnehmen würde.

Die Unentschiedenen in der AE-Frage haben in dieser Hinsicht eine nochmals andere Optik. Ihr Bild von der Schweizer Gesellschaft ist eher kleinräumig orientiert. Sie sehen in erster Linie, wie sich ihre unmittelbare Umwelt vor ihren Au-

Eine Wirtschaftsunordnung, die nur dank hemmungsloser Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und der menschlichen Arbeitskraft (heute vor allem in der Dritten Welt) funktioniert, kann auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden. Die Ideologie des stetigen Wirtschaftswachstums muss früher oder später auf ihre natürlichen Grenzen stossen. Der Zusammenstoss wird um so katastrophaler, je länger am bisherigen Wirtschaften festgehalten wird. Der Energiepolitik kommt in diesem Zusammenhang eine zentrale Bedeutung zu. Ein weiterer Ausbau der Atomenergie hiesse, dass das unausweichlich nötige, wirtschaftspolitische Umdenken weiter hinausgeschoben werden kann – und dies mit politischen (Atomstaat), ökologischen und ethischen Folgen, die für mich unakzeptabel sind.

Hans Rudolf Tschudi, Dr. sc. nat., Physiker, 39 Jahre alt, Mönchaltorf ZH.

gen demografisch, industriell und kulturell verändert und wissen – so scheint es – schlicht nicht so recht, was sie von dieser rasanten Entwicklung halten sollen und würden am liebsten die damit verbundenen Entscheidungen an die dafür Zuständigen delegieren.

Die Thesen

Nun, soweit die Optiken der Gruppen, doch was bedeutet dies? Welche Schlüsse können wir aus diesen Tendenzen und Sichtweisen über die Art des AE-Konflikts ziehen? Worum geht es in diesem Konflikt nun eigentlich?

Aus dem bisher Gesagten lassen sich m. E. folgende Thesen ableiten. Die erste lautet wie folgt:



AE-Konflikt ist ein abgeleiteter Konflikt. Er wird funktionalisiert, um einem fundamentalen Konflikt Ausdruck zu verleihen, nämlich dem zwischen dem expandierenden System und seinen Apparaten (Wirtschaft, Verwaltung, Technik usw.) sowie jenen, die sich mit diesem System identifizieren auf der einen und den in ihren Lebenswelten dadurch immer eingeschränkteren Bürgern auf der anderen Seite.

Obwohl diese These den Konturen der von den Befragten gezeichneten Bildern genau nachfährt, werden sich die Befragten unter Umständen bzw. meist nicht in diesen Bildern wiedererkennen. Wir stossen hier auf ein für die moderne Sozialwissenschaft typisches Phänomen, dass nämlich die Resultate der Forschung – durch die Art der Erhebung und der Auswertung – den «Forschungsobjekten» fremd bleiben. Die verwendeten Forschungsmethoden bewirken, dass die Erforschten mit den Resultaten der Untersuchung wenig anfangen können, dass also letztlich «Elitewissen» produziert wird. Dies aber sozusagen nur in Klammern. Tatsache ist, dass nur die wenigsten AE-Gegner – daraufhin befragt – von sich behaupten, sie fühlten sich vom System und seinen Apparaten eingeschränkt; und ebenso ist evident, dass die Inhalte der politischen Auseinandersetzung sich um Themen wie Energieversorgung, Reaktorsicherheit, Standortfragen usw. dreht, der Konflikt also in ganz anderen Begriffen abgehandelt wird, als ihn die Befragten wahrnehmen.

Die zweite These lautet deshalb:



Der AE-Konflikt verweist auf einen gesellschaftlichen Konfliktbereich über den zu reden sowohl den Gegnern als auch den Befürwortern offenbar schwerer fällt, als über die «klassischen» technischen AE-Themen. Oder anders formuliert: Beide Seiten haben offenbar Angst, den Konflikt auf seinen Nenner zu bringen.

Der Kern der Konflikte bleibt somit gesellschaftlich unbewusst und taucht höchstens in den nicht ganz unzutreffenden, aber in dieser Form völlig danebengreifenden Vorwürfen der Befürworter auf, den Gegnern der AE gehe es lediglich um «Systemveränderung».

Damit kommen wir zum dritten Punkt, der Art der Konfliktaustragung. Die These lautet hier:



Die gesellschaftlichen Versuche, diesen Konflikt zu lösen, sind so lange zum Scheitern verurteilt, wie der Konflikt von beiden Seiten nicht in jenem Begriff abgehandelt wird, in dem er sich effektiv fassen lässt.

Diese These lässt sich noch stärker formulieren und lautet dann:



Das Wesentliche am AE-Konflikt und seinen Grundlagen besteht gerade darin, dass nicht nur nicht über letztere gesprochen werden kann, sondern dass unserer Gesellschaft gar kein geeignetes Instrument zur Verfügung steht, um ihre fundamentalen Konflikte sinnvoll anzugehen.

Wir werden uns in der Folge diesen drei Thesen zuwenden und fangen damit an, uns den fundamentalen Grundkonflikt genauer zu betrachten.

Während meiner Schulzeit waren die Atomkraftwerke für mich noch die Lösung, um der Umweltverschmutzung durch Öl und Kohle zu begegnen. Je mehr ich mich aber mit Umweltfragen beschäftigte, um so mehr geriet dieses Bild der «sauberen» A-Energie ins Wanken. Zuerst sah ich vor allem die Probleme des Normalbetriebs, der radioaktiven Verseuchung durch den ganzen Urankreislauf und die ungelösten Abfallprobleme. Heute bin ich davon überzeugt, dass der Entscheid für einen atomaren Weg in die Zukunft auch sehr viele soziale und wirtschaftliche Probleme und Risiken (fehlendes Kapital für Alternativen, immer grössere Zentralisation und Machtballung, Polizei und Überwachungsstaat) beinhaltet.

Entsprechend würde eine Annahme der Initiative für eine Schweiz ohne weitere Atomkraftwerke nicht nur weniger Radioaktivität bedeuten, sondern auch im gesellschaftlichen Bereich neue Möglichkeiten und Freiräume eröffnen. Vieles würde wieder möglich und denkbar.

Bruno Riesen, Ökonom, 29 Jahre, Schliern BE

Die Tiefenstruktur des AE-Konflikts

Die These, die ich bisher zu erhärten versucht habe, lautet, dass aufgrund der Verteilung der AE-Gegner auf die Sozialstruktur, aufgrund der erhobenen Gewichtung von Werten und aufgrund der Gesellschaftsbilder der Grundkonflikt im Expandieren des Systems auf Kosten der dadurch eingeschränkten Bürger besteht. Es handelt sich also um ein System, dessen Funktionsweise den Interessen eines Teils der Bürger zuwiderläuft. Wie kann man sich das vorstellen? Einige skizzenhaft gezeichnete Argumente sollen diese These verdeutlichen. Die bürgerliche Gesellschaft⁵ bezieht ihre Legitimation einerseits über ihren «Output», der permanenten Wohl-



standsmaximierung und andererseits über deren Funktionsweise, der rationalen Regelung der Verhältnisse im politischen und ökonomischen System. Das Primat der Wohlstandsmaximierung gerät nun aber zyklisch in die Krise, weil das ökonomische System die Leistungen, die es zu erbringen verspricht immer wieder nicht in genügendem Mass zu erbringen vermag. Heutzutage passiert das angesichts der Verteuerung der Arbeitskraft, die die Unternehmer zu immer stärkerer Rationalisierung und Computerisierung treibt, angesichts der internationalen Konkurrenz, der lokalen Übersättigung an langlebigen Konsumgütern usw.

Atomkraftwerke sind für mich das Symbol einer Grosstechnologie, welche mir wichtige Werte, wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, untergräbt. Wegen deren Komplexität setzt nicht mehr vom Volk erlassenes Recht der Technik die notwendigen Grenzen. Rechtsstaatlichkeit ist nur noch soweit möglich, als die technischen Sachzwänge dies zulassen. Auch echte Demokratie beruht auf freier Entscheidung und damit auf der Unabhängigkeit von Sachzwängen. Ein Ja zu den beiden Volksinitiativen ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung!

Martin Pestalozzi, lic. iur., Rechtsanwalt, Rüti ZH

Die Folgen sind bekannt: Kaufkraftschwund, Lohnabbau, Arbeitslosigkeit, Verdünnung der sozialen Sicherungsnetze.

Der andere Grund ist nicht zyklisch, sondern historisch neu und besteht darin, dass diese Produktionsweise unserer Gesellschaft immer grössere soziale und ökologische Neben- und Folgekosten aufbürdet, die in keiner privatunternehmerischen Gewinnrechnung erscheinen, als erhebliche Verluste aber «sozialisiert» werden müssen.

Diese Doppelkrise tritt nun ein, nicht etwa, weil das System schlecht, sondern indem es optimal funktioniert! Nur, dass mit dem quantitativen «Wachstum und Wohlstand» nirgends die Vorstellung der (qualitativen) Sozial- und Ökobilanz verbunden ist. Unsere Gesellschaft nimmt, wenn auch langsam, die Diskussion darüber wieder auf, worin denn der soziale und kulturelle Massstab zur Bewertung des «Fortschritts» jenseits der Dimension des Bruttosozialprodukts liegen soll. Wie aber kommt die Gesellschaft zu neuen, qualitativen Kategorien?

Betrachten wir den zweiten Punkt: Die Funktionsweise des politischen Systems. Die Analyse der Krise in diesem Bereich setzt genau beim Problem der Neben- und Folgekosten an, nämlich bei der Frage nach der Zuständigkeit für diese Entwicklung. Wir sind nämlich heute mit einer Situation konfrontiert, in der die optimalen Funktionsweisen der gesellschaftlichen Subsysteme laufend negative Auswirkungen produzieren, also laufend über die jeweiligen Arenen hinauswirken. Das Geschehen wird somit aus dem Entscheidungshorizont der Verantwortlichen, sicher aber aus dem der Bürger, ausgeblendet: sei es mit Absicht, weil die politischen Entscheide durch die Macht der ökonomischen Zentralgewalten unterlaufen werden, sei es ohne Absicht, weil «Sachzwänge» den Entscheidungsspielraum einengen oder die eintretenden Ereignisse von niemand geplant waren, oder aber auch, weil für konkrete Absichten sich innerhalb der Parteienlandschaft keine Vertretungen finden lassen. Zudem besteht die gegenwärtige Politik⁶ (vor allem im Infrastrukturbereich, Strassen, AKW usw.) zunehmend darin, dass «Mehrheiten» auf Kosten von Minderheiten, nämlich den jeweils punktuell Betroffenen, ihre Wohlfahrt erhöhen.

Während die politische Handlungsfähigkeit der Bürger auf die punktuelle Stellungnahme zu Personen- und Sachfragen reduziert ist (die relevanten Entscheide

Ich bin für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke, weil eine Energiepolitik, die sich in erster Linie auf den Ausbau der Atomenergie stützt, den hemmungslosen Einsatz von Energie in jeder Form nicht nur toleriert, sondern geradezu fördert. Wenn wir der Zerstörung unserer Umwelt auf den Grund gehen, werden wir früher oder später auf den gedankenlosen Einsatz von Energie stossen, ohne den eine derartige Zerstörung unseres Wohnraumes und der Natur gar nicht möglich geworden wäre. Die Rückkehr zu einer dezentralen Energieversorgung, wo jede kWh bewusst produziert und eingesetzt wird, kann dieser Entwicklung Einhalt gebieten!

Werner Oertel, Dörflingen SH

werden ohnehin ausserhalb des parlamentarischen Systems gefällt, was die Bürger mit Stimmabstinenz und politischer Apathie quittieren), wird genau diese apathische Mehrheit gegen die betroffenen Minderheiten ausgespielt, die ihrerseits mit dem Verweis auf die formalen Demokratieprinzipien abgespeist werden.

Wir halten fest, dass all dies in vollkommener Übereinstimmung mit den rationalen «Aufgaben» des Systems geschieht. Was stimmt also nicht? Worin sind jene, die das rationale System verteidigen, im Unrecht? Und was hat das ganze mit der AE zu tun?

Das Phänomen, dem wir hier begegnen, besteht darin, dass das System, das ursprünglich Freiheit und Rationalität vermitteln sollte, offenbar einen Konstruktionsfehler hat, der die Wahlmöglichkeiten nicht steigert, sondern vernichtet!



Ausgehend vom Beispiel des auf dem Automobil beruhenden Verkehrssystems – man erinnere sich: kein anderes Merkmal hatte eine derartig grosse Verbindung zur Haltung bezüglich der AE – soll dies veranschaulicht werden. Dabei ist davon auszugehen, dass das Autoverkehrssystem und die nukleare Energieversorgung Verwirklichungsformen des gleichen Rationalitätstypus sind.⁷

«Im Gegensatz etwa zum schienen- und fahrlangebundenen Verkehrssystem eröffnet es ein bedeutendes zusätzliches Quantum an Beliebigkeit: Beliebige Mengen von Personen und Gütern können zu beliebigen Zeitpunkten von beliebigen Raumpunkten zu anderen bewegt werden. Bezahlt wird dafür mit einer proportional sinkenden Beliebigkeit dieses Systems selbst: Es zu verändern oder zu ersetzen wird (auch bei extremen sozialen Kosten, die es verursacht) zur ökonomischen, politischen, psychologischen, ja physische Unmöglichkeit. In noch gesteigertem Masse scheint von der Kernenergie zu gelten, dass das System, von dem wir uns Flexibilität, Entscheidungsfreiheit und neue Dispositionsspielräume versprechen, sich selber unseren Dispositionen buchstäblich unwillkürlich, nämlich in Gestalt der Naturtatsache einer Plutoniumwirtschaft, entzieht.

Seit vielen Jahren bin ich Atomkraftwerkgegnerin, d.h. Atomschutzinitiativ-Befürworterin. Diese Bewegung ist ein wichtiger Teil für das Leben überhaupt. Für mich ist das Wichtigste das umfassende Sicheinsetzen dafür, dass wir die Erde nicht noch weiter zerstören, weil sonst alles Leben erlöschen wird. Etwas, was die Indianer schon immer begriffen haben. Zudem gibt es für mich keine Trennung in friedliche oder militärische Nutzung der Atomkraft. Kein Mensch auf dieser Welt hat die Lösung für den Atom Müll oder für die Verhinderung jeglicher Unfälle. Meine Überzeugung ist, es wird sie auch nicht geben. Die Lösung heisst klar: keine Atomkraftwerke, keine Atomwaffen! Ich freue mich, dass ich heute auch meine berufliche Zeit voll dafür einsetzen kann.

Mariann Leuthold-Thönen, Erzieherin, 31 Jahre, Augst BL

In dieser Nullsummen-Beziehung zwischen Optionssteigerung einerseits und der proportional steigenden Starrheit und Unantastbarkeit der Systeme andererseits, denen wir jene verdanken, liegt, wie ich meine, der Schlüssel für das Ver-

ständnis der eigentümlichen Mischung von Anarchie und Rationalität, das den kernenergiepolitischen Politikverlauf kennzeichnet. Noch nie ist eine Technologie so «rational», so sehr als soziotechnisches System, so sichtbar und bewusst vorbereitet und entschieden worden wie die Entwicklung und Anwendung der nuklearen Energieversorgung. Aber gerade wegen dieses hohen Masses an «Rationalität» muss sie ihre eigenen – bedachten und unbedachten – Prämissen mit einer gewaltbereiten Unerbittlichkeit verteidigen, die Einsprüche, Korrekturen und Alternativen keine Chance lässt und sich statt dessen der anarchischen Zwangsläufigkeit des einmal eingeschlagenen Weges, seiner Risiken und Folgeprobleme, aussetzt.»

Wer also das System und seine Imperative verteidigt, hat zwar die Rationalität auf seiner Seite, ohne aber gleichzeitig die letztlich anarchische Funktionsweise des Systems erfasst zu haben.

Aus Hunderten von Gründen, die Ihnen sicher schon bekannt sind, sehe ich in Atomkraftwerken eine der grossen Bedrohungen der heutigen Zeit. Da ich mich zu den «besorgten Bürgern» zähle, und mich deshalb verpflichtet fühle, etwas zu tun, mich für die Erhaltung unserer Umwelt einzusetzen, wehre ich mich aktiv gegen Atomkraftwerke. Bis zur Abstimmung werde ich mit einer Informationstour durch die Schweiz, genannt «Tour de Ja», meine Mitbürger(innen) über Atomkraftwerke und Alternativen und über die Atom- und Energieinitiative informieren. Werden auch Sie aktiv!

Iris Meier, 27 Jahre, Drechselrin, Herz nach AG

Ein weiterer Grund für die anarchische Funktionsweise liegt darin, dass inner-

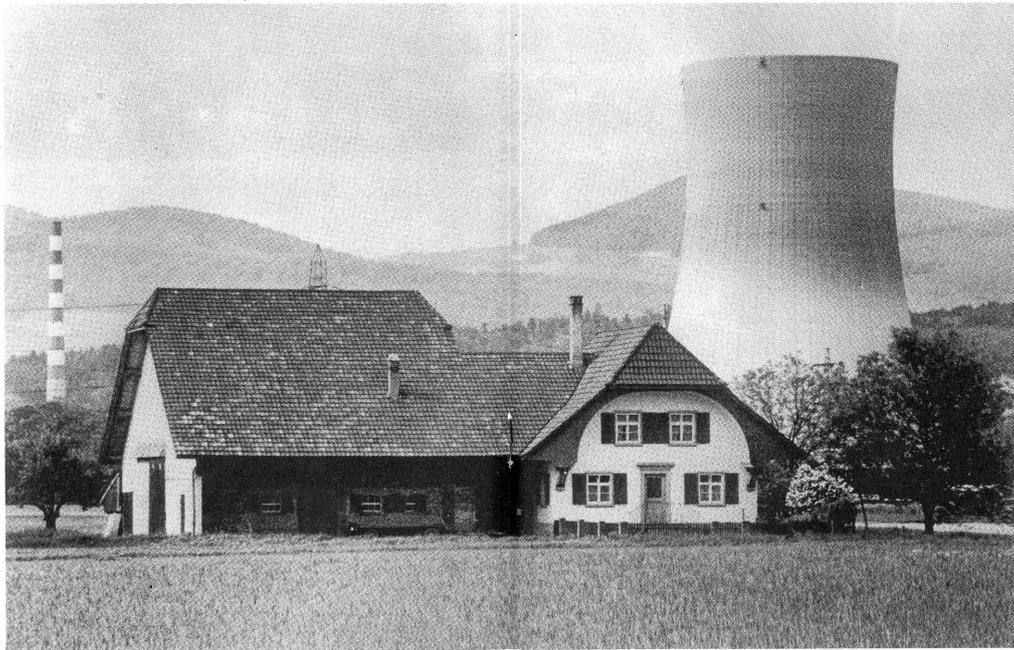
halb des bisherigen Verständnisses, das unsere Gesellschaft von sich als System und seiner Funktionsweise hatte, Leerstellen enthalten waren, die den ökologischen Aspekt der Krise – wie man heute sehen kann – vorprogrammierten. Diese ökologischen Leerstellen im profanen bürgerlichen Weltbild führen dazu, dass die Tatsache des Eingebettetseins der Zivilisation in die Natur lange aus dem Bewusstsein ausgeklammert wurde.⁸ Erst jetzt erscheint die ausgeblendete Natur als verknappende Ressource und die Grenze zwischen der Natur und dem zivilisatorischen System wird hinterfragt. Dabei werden die Handlungen entlang dieser Grenze aus der ausschliesslichen Logik des zweckrationalen Handelns entbunden und in den Bereich des moralischen Handelns reintegriert. (Dies ist die optimistische Version der Formulierung dieses Sachverhalts, denn auch die Handlungen in neuem Bewusstsein dieser Grenzen drohen heute bereits zweckrationalisiert zu werden!)

Und weiter: Angesichts z.B. auch der Jahrhunderte-Dimension der Entsorgungfrage der Brennelemente wird der Gesellschaft bewusst, dass sie seit jeher von der Möglichkeit, die Umwelt, von der sie selbst ein Teil ist, zu verändern, Gebrauch machte und dass diese Veränderungen jetzt deutlicher als bis anhin auf sie zurückzuschlagen drohen. Die Gesellschaft wird sich also schlagartig dieser Möglichkeiten und gleichzeitig auch der Grenzen dieser Möglichkeiten bewusst.

Führt man sich die aufgeführten Beispiele vor Augen, dann erscheint es wahrscheinlich, dass wir die Grenzen einer expliziten gesellschaftlichen Organisation erreicht haben, die aufgrund zweckrationaler Kriterien und ohne eine stützende gesellschaftliche Moral existieren kann.⁹ (...wobei keinesfalls einer totalitär sich gebärdenden Moral das Wort reden möchte, sondern für die Dis-

kussion auch inhaltlicher und gegen die Anwendung rein funktionaler gesellschaftlicher Werte plädieren!) Hinter der Kritik an seiner «Logik», seiner (Pseudo-)Rationalität, seinen technischen Normen und «wertneutralen» Funktionsimperativen.

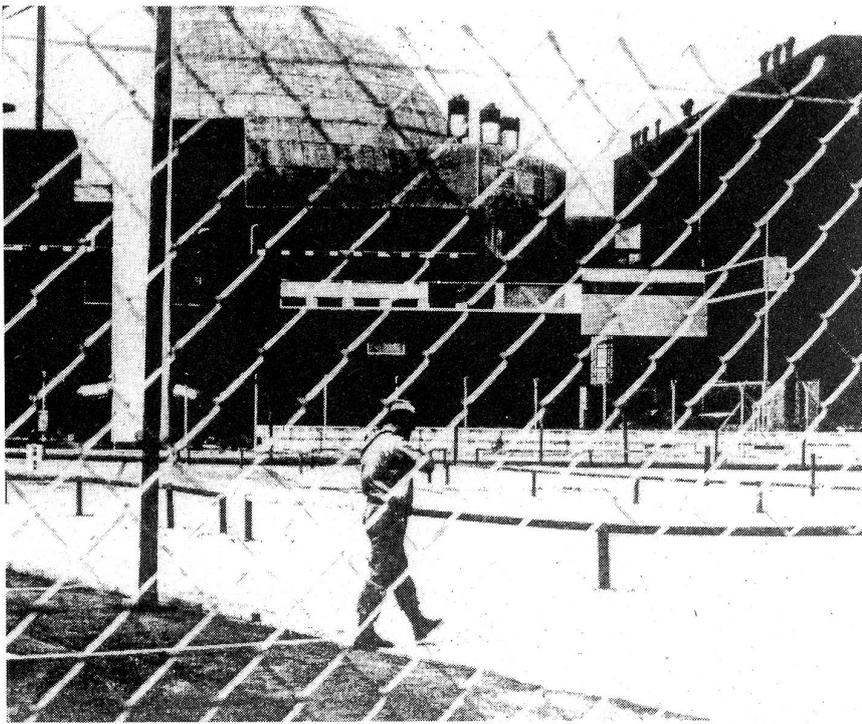
Und für die, die das System in Frage stellen (und damit auch sich selber, weil sie immer auch Teil des Ganzen sind), gilt in der Regel, dass sie eine Form des moralischen Bewusstseins (einer gesellschaftsbezogenen, handlungsleitenden Über-Ich-Formation) zur Anwendung bringen, die sich dem blinden Gehorsam, den herrschenden Normen und Imperativen widersetzt: Während den Personen mit «konventionellen» Strukturen¹⁰ des moralischen Bewusstseins die Gesetze und Normen ihrer Gesellschaft als quasi naturwüchsig erscheinen und deren Geltung als universell, stellen Personen mit «postkonventionellen» Strukturen des moralischen Bewusstseins die Naturhaf-



Drei Gründe gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke

1. Bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie handelt es sich um typische Grosstechnologie, die nicht nur ausserordentlich kostspielig ist (mehrere Milliarden Franken), sondern sehr viel anfälliger gegenüber Sabotage, Störungen und technischen Pannen ist. Zudem kann ein Atomkraftwerk wegen der Produktion von Bandenergie nie bedarfsgerecht gesteuert werden.
2. Der Bedarfsnachweis für zukünftige Atomkraftwerke ist meines Erachtens nicht erbracht. Wir exportieren namhafte Strommengen ins Ausland, und zwar nicht etwa in der Nacht, sondern in der Mittagspitze, und zwar aus rein wirtschaftlichen Gründen. Es kann ein höherer Preis gelöst werden. Wir produzieren also erhebliche Mengen Strom, die wir bei uns nicht benötigen. Damit wird aber der Verbrauch angeheizt, am Sparen ist so niemand interessiert.
3. Die Abfallfrage ist bei weitem noch nicht gelöst und wird meines Erachtens auch nie lösbar sein. Kein ernsthafter Wissenschaftler kann heute mit gutem Gewissen garantieren, dass diese Ablagerungsstätten auf Jahrtausende dicht bleiben. Beim hochgiftigen Plutonium mit einer Halbwertszeit von 24000 Jahren würde es rund 160000 Jahre dauern, bis die Strahlung auf 1 Prozent des ursprünglichen Wertes abgesunken wäre!

Prof. Dr. Erich Soom, dipl. Ing. ETH, St. Gallen



tigkeit des Rechts und der Normen in Frage und verstehen sie als historisch bestimmt und von Menschen gesetzt und also veränderbar.

In der erwähnten Untersuchung zeigte sich, dass Befragte mit eher postkonventionellen moralischen Strukturen tendenziell (also nicht alle) gegen die Atomenergie eingestellt waren und dass die Befürworter zum grossen Teil (aber auch nicht ausschliesslich) moralisch konventionell argumentierten.

Es lässt sich somit vermuten, dass für jene, die die AE aus dem fundamentalen Systemkonflikt heraus ablehnen (und nicht nur rein defensiv, aus Angst), internalisierte moralische Prinzipien zur Verfügung stehen, von denen aus sie die herrschenden Normen und Systemimperative in Frage stellen; Prinzipien übrigens, die oft einem religiösen Weltbild entstammen.

Was sich aus der vorliegenden Studie heraus nicht beantworten lässt, ist die Frage, für welche der Befragten deren postkonventionelle moralischen Strukturen der Auseinandersetzung mit dem Kernenergiekonflikt vorangingen und für welche gelten mag, dass gerade die in diesem oder den anderen abgeleiteten Systemkonflikten angelegten moralischen Dilemmata sie zu einem Entwicklungsschritt in diese Richtung provozierten. Unter diesem Aspekt erscheint der AE-Konflikt auch als individueller und gesellschaftlicher Lernprozess, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf: Das in diesem Konflikt steckende Lernpotential wird und kann auch vermehrt und bewusster ausgeschöpft werden!



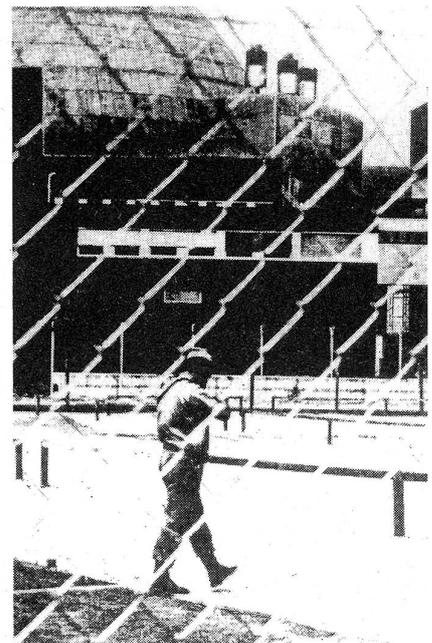
Was konnte bis anhin aus den moralischen Dilemmata, die im AE-Konflikt stecken, gelernt werden? Was provozierte möglicherweise zu diesem Lernschritt? Die Bürger könnten gerade in der Auseinandersetzung mit der AE erfahren haben, dass das Rechtssystem nicht in jedem Fall über «Recht» und «Unrecht» (im moralischen und nicht nur juristischen Sinn) entscheidet und dass legitime, von der Mehrheit gebilligte Handlungen (siehe oben) durchaus innerhalb des formaldemokratischen Mehrheitssystems Unrechtscharakter aufweisen können. Dies z. B. dann, wenn die getroffenen Entscheide sich auf Handlungen beziehen, die, besonders im Fall der AE, ihrer Natur nach irreversibel, also bei einem Mehrheitswechsel nicht mehr einfach rückgängig zu machen sind. Solche Entscheide sprengen

durch ihren Charakter die traditionellen Verfahrensweisen des politischen Systems, das ja gerade auf die Möglichkeit wechselnder Mehrheitsverhältnisse baut; sie sollten also, da sie die Variabilität sprengen und die Freiheitsgrade derart massiv einschränken, auch aufgrund anderer Prinzipien getroffen oder eben unterlassen werden.

Die Bürger könnten also erfahren haben, dass diese Handlungen, da sie sich als Fehlhandlungen erweisen, oder wie wir oben gesehen haben, unabsehbare, evtl. verheerende Nebenfolgen für alle und vor allem für künftige Generationen aufweisen könnten, auch dann unterlassen werden sollten, wenn sie technisch realisier- und politisch durchsetzbar sind.

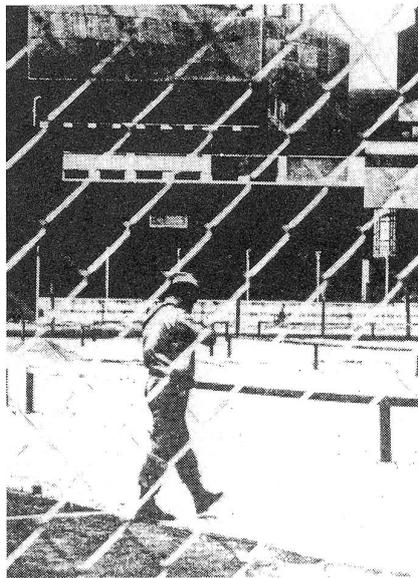
Abgeleiteter Konflikt

Wie lässt sich das Gesagte nun zusammenfassen. Worauf läuft die vorgetragene Argumentation hinaus? Mir ging es darum, zu zeigen, dass es sich beim AE-Konflikt um einen abgeleiteten Konflikt handelt und worin der dahinterstehende Konflikt bestehen könnte. Es hat sich nun gezeigt, dass eine der zentralsten Dimensionen des Systemkonflikts in der Entscheidungsweise über «gesellschaftliche Handlungen grosser Reichweite» liegt. Es geht hierbei also um eine Kategorie von Entscheidungen, in der die Gesellschaft dazu ansetzt, über die Veränderung der Umwelt, von der sie selbst ein Teil ist und über die technologische Entwicklung mit ihren politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen (Neben-) Folgen sich selber zu verändern.¹¹ Was hier thematisiert wird, ist die Fähigkeit der Gesellschaft, auf sich selber einzuwirken, ihre eigene Zukunft zu produzieren, zu gestalten, mit Sinn auszustatten. Und es geht auch darum, dass es scheint,



Ich engagiere mich in der Anti-AKW-Bewegung, weil ich der festen Überzeugung bin, dass wir – in Verantwortung für unsere Nachkommen – uns für eine Zukunft ohne Atomkraftwerke einsetzen müssen. Unsere Wohlstandsgesellschaft darf nicht den gleichen Fehler wiederholen, auf dem sie aufgebaut wurde. Wir wissen zu Genüge, dass in wenigen Jahren die während Jahrtausenden aufgebaute Erdölressource zu Ende sein wird, wenn wir diese wertvolle Energie weiterhin so bedenkenlos zum Fenster hinaus verheizen und verbrennen und damit das Lebenselement Luft noch mehr verpesten. Der Ersatz für diese endliche Energie kann und darf die Atomenergie nicht sein. Denn damit schaffen wir nur eine neue, viel schlimmere Situation für Generationen nach uns, als wir sie heute mit dem Erdöl haben. Abgesehen davon, dass das Uran auch zur Neige geht (und Plutonium noch viel unheimlicher ist), ist und bleibt das Problem der Endlagerung der Abfälle aus den Atomkraftwerken ungelöst. Wir können diesen radioaktiven Abfall weder auf diese oder jene Weise den Nachkommen für Zehntausende von Jahren zur Entsorgung und Überwachung hinterlassen. Deshalb müssen wir dieser Entwicklung mit all ihren sogenannten Sachzwängen heute Einhalt gebieten. Heute müssen die Weichen für eine Zukunft ohne Atomenergie gestellt werden.

Hans Beat Schaffner, lic. phil., Dienststellenleiter Swissair, 41 Jahre; Kantonsrat und Präsident der Grünen Partei des Kantons Zürich, Pfaffhausen ZH



ist entgegenzuhalten, dass es uns darum geht, anhand der Atomenergiediskussion, wie allen anderen Systemkonflikten, die Gestaltung der Zukunft, die uns teils verwehrt und teils entglitten ist, wieder in unsere Hände zu nehmen, bevor wir sie als Drama oder als Ironie in den Geschichtsbüchern unserer Kinder wiederfinden.

Die soeben dargelegte Interpretation des Konflikts steht nun – dies wurde schon anfangs gesagt – in krassem Gegensatz zu der vor allem in technischen Termini (Energieversorgung, Entsorgung, Kühlungsfragen usw.) geführten aktuellen politischen Auseinandersetzung (vgl. These 2 und 3, S. 12). Dieser Gegensatz sowie einige Schlussfolgerungen aus dem Gesagten hinsichtlich der Dynamik des Kernenergie-Konflikts bilden den Inhalt des zweiten, kürzeren Teils der Argumentation, die in der folgenden Nummer dieser Zeitschrift erscheinen wird.

als sei der Gesellschaft diese Fähigkeit entglitten, als habe die Gesellschaft ihre Historizität aus der Hand gegeben.¹²

Mit dem AE-Konflikt – und auch hier ist dieser nur ein, wenngleich gewichtiges Beispiel – wird stellvertretend (!) die Diskussion um verschiedene Arten gesellschaftlicher Entwicklung, über alternative gesellschaftliche Entwicklungspfade geführt. Und hier wird – teils offen und teils verdeckt – über die möglichen, zum Teil auch über die wünschbaren Ziele der Entwicklung «verhandelt» und über das, was unsere Gesellschaft, jenseits des Bruttosozialprodukts, als ihren «Fortschritt» betrachten soll.

Hier geht es aber nicht nur um die inhaltlichen Ausprägungen von «Zukunft», sondern auch darum, dass die Gesellschaft ihren Mitgliedern Zukunft lediglich als technokratischen Sachzwang, quasi schicksalhaft, aufzwingt. Und dem

Anmerkungen und Literaturangaben

¹ Die in der Folge verwendeten Angaben stammen aus einer repräsentativen, gesamt-schweizerischen Erhebung mit dem Titel: «Wahrnehmung von AKWs», die 1982 vom Soziologischen Institut der Universität Zürich durchgeführt wurde. Die diesem Vortrag zugrunde liegenden Daten (Teil 1 des Artikels) sind dem Schlussbericht entnommen.

Ebenso entspricht die Argumentationsstruktur des ersten Teils derjenigen des Schlussberichts. Projektmitarbeiter waren zu diesem Zeitpunkt: J. Bendkower, M. Rosenmund, R. Ortega.

² Es handelt sich hierbei um den dritten Zwischenbericht des Projekts.

³ Vgl. H. Kitschelt 1980: Kernenergiepolitik, Frankfurt/Main.

⁴ Enthalten im dritten Zwischenbericht.

⁵ Ich folge hier teilweise der Argumentation von: R. Döbert/G. Nunner-Winkler 1975: Adoleszenzkrise und Identitätsbildung, S. 48 ff., Frankfurt/Main.

⁶ Vgl. C. Offe 1980: Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität, S. 26 ff. In: Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen (Hrsg: R. Roth), Frankfurt/Main.

⁷ Vgl. C. Offe 1980: 13: Vorwort zu H. Kitschelt 1980.

⁸ A. Touraine 1976: Krise oder Mutation. In: Touraine et al.: Jenseits der Krise, Frankfurt/Main.

⁹ Vgl. F. Hirsch 1980: Die sozialen Grenzen des Wachstums, Reinbeck.

¹⁰ Vgl. L. Kohlberg 1979: The meaning and measurement of moral development, Cambridge.

¹¹ Vgl. A. Touraine 1976: 26.

¹² Vgl. hier und fürs Folgende: A. Touraine 1982: Die antinukleare Prophetie, Frankfurt/Main.

